

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementspreis 1,50 M. pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Klaus-Groth-Straße 1, 1. Stod
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vormögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Kollegen! Nützt die Zeit! Schart Euch insgesamt um das Banner der Organisation! Stärkt den Verband!

Heuchlerische Redensarten.

Auf der Hauptversammlung des „Reichsverbandes der Industrie“ und der „Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände“, die vor kurzem in Berlin abgehalten wurde, sind allerlei Fragen behandelt worden; aber das wichtigste und einschneidendste Problem der Gegenwart, die Frage der Reparationen und ihre Lösung, ist nur beiläufig erwähnt worden. Der Vorsitzende Dr. Sorge erklärte in seiner Eröffnungsrede, daß wir um die Reparationen nicht herum kommen könnten: ohne eine rasche und klare Lösung der Reparationsfrage werde Deutschland in wenigen Wochen vor einer schweren Krise stehen, solle aber diese Frage endgültig gelöst werden, so müsse die deutsche Wirtschaft schwere Lasten auf sich nehmen. Ueber die ungemünzte Frage, wer diese Lasten tragen und wie sie verteilt werden sollen, schwieg sich der Redner aus; er half sich über diesen kniffligen Punkt mit der abgeleiteten, heuchlerischen Redensart hinweg, daß nur durch die gemeinsame Arbeit aller an unserer Wirtschaft Beteiligten diese Lasten getragen werden könnten. Ein anderer Redner, Dr. Bögl, fügte hinzu, daß eine Erfüllungspolizei, wie die Siegerstaaten sie forderten, nur möglich sei, wenn die bewährten Grundsätze unserer früheren Wirtschaftsführung wieder hergestellt würden, das heißt also, wenn das schrankenlose Ausbeutungsrecht und die Meinherrschaft des Unternehmertums im wirtschaftlichen und politischen Leben wieder wie einstmal die Richtschnur unseres Tuns und Lassens bilden werde. Dann werde unsere Wirtschaft imstande sein, die schweren Lasten der Reparationen zu tragen, wobei das deutsche Unternehmertum „in seiner bekannten Uneigennützigkeit und Selbstlosigkeit“ seine volle Pflicht und Schuldigkeit tun werde.

Wohl selten ist eine große Versammlung geistig und wirtschaftlich hochstehender Menschen mit einem solch öden Schlagwort, wie die gemeinsame Arbeit aller Wirtschaftssubjekte, über die harte Wirklichkeit hinwegtäuscht worden, wohl niemals hat eine Versammlung eine solch heuchlerische Redensart, wie die von der Uneigennützigkeit und Selbstlosigkeit des Unternehmertums, hingenommen, ohne in ein schallendes Gelächter auszubrechen. Wenn der alte Römer Cicero sich wunderte, daß sich die römischen Wahrsager bei einer Begegnung nicht gegenseitig ins Gesicht lächelten, so müssen wir unsere Vermunderung darüber ausdrücken, daß die sachkundigen Zuhörer des Herrn Dr. Bögl nicht verständnisvoll gelächelt haben, als er ihnen mit ernster Miene Honig ums Maul schmierte. Prüfen wir einmal in aller Gründlichkeit, was es denn in Wirklichkeit mit diesen heuchlerischen Redensarten für eine Bewandnis hat.

Wenn man die deutsche Wirtschaft von außen, gewissermaßen aus der Vogelperspektive, betrachtet, so macht sie den Eindruck eines gut funktionierenden Automaten, in dem das eine Rad ins andere greift. Unbeschadet der Tatsache, daß noch viel Planlosigkeit und Kräftevergeudung mit unterläuft, kann man doch von einem Handinhandarbeiten der verschiedenen Wirtschaftsfaktoren sprechen. Rein äußerlich betrachtet erscheint unsere Wirtschaft als ein lebensvoller Organismus. Abgesehen davon, daß hier und da noch Störungen und Stockungen eintreten, die aber allmählich überwunden werden, läuft die Maschine in technischer und organisatorischer Beziehung im allgemeinen ganz gut. Selbst die in Unordnung geratene Wirtschaft der Kriegs- und Nachkriegszeit kommt langsam wieder in Gang. Ganz anders aber wird das Bild, wenn man unter die Oberfläche blickt und unser Wirtschaftsleben genauer betrachtet. Dann macht unsere Wirtschaft den Eindruck eines Schlachtfeldes, auf dem die einzelnen Gruppen sich

auf Leben und Tod bekämpfen. Der erbitterte Konkurrenzkampf, der Kampf aller gegen alle, drückt der kapitalistischen Wirtschaft seinen Stempel auf. Das gemeinsame Handinhandarbeiten, von dem Dr. Sorge sprach, erscheint als ein Kämpfen um persönliche oder um Gruppeninteressen. Der Gewinntrieb, der Drang nach Gewinn, die Sucht nach Geld oder Gelbeswert stachelt die wirtschaftenden Menschen an und veranlaßt sie, rücksichtslos über Leichen zu gehen, einer sucht den andern niederzugewingen. „Stehe auf, damit ich mich setzen kann!“, dieser Satz, der zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise geprägt wurde, bringt die Gesinnung zum Ausdruck, von der die kapitalistisch wirtschaftenden Menschen besetzt sind.

Offenbar handelt es sich bei dem kapitalistischen Konkurrenzkampf um zweierlei. Einerseits will jede Gruppe so viel Gewinn wie möglich einheimen, unbekümmert darum, ob eine andere Gruppe leer ausgeht, andererseits will jede Gruppe die zu tragenden Lasten auf eine andere abwälzen, unbekümmert darum, ob jene darunter zusammenbricht. Möglichst viel einnehmen und möglichst wenig ausgeben, dem Konkurrenzten möglichst große Vorteile abjagen und möglichst große Lasten aufbürden — das ist das Zeitmotiv kapitalistischen Wirtschaftens. Betrachten wir daraufhin einmal das kapitalistische Schlachtfeld.

Im Gebiete der Urproduktion: Landwirtschaft, Bergbau, Fischfang, Forstwesen usw., sehen wir deutlich das Streben nach hohen Gewinnen und gleichzeitig den Nerger über hohe Unkosten. Die Bauern wollen für ihre Erzeugnisse hohe Preise haben, schimpfen aber über die hohen Preise für Maschinen, künstlichen Dünger und Kohlen und über die hohen Arbeitslöhne; die Waldbesitzer wollen ihr Holz teuer loschlagen, aber die Grubenbesitzer entrichten sich darüber, daß das Grubenholz so teuer ist. Die Industriellen jammern über die hohen Preise der Rohmaterialien und über die hohen Frachtkosten, suchen aber die Kleinhändler durch Unterbietung aus dem Felde zu schlagen; die Eisenbahnen schimpfen über die hohen Preise für Schwellen, Eisen, Steine und Kohlen, sind aber mit Macht darauf aus, durch Personalabbau und Lohnbrückerie die Unkosten zu vermindern. Die Kaufleute machen den Produzenten den Vorwurf, daß die Gestehungskosten zu hoch seien, und umgekehrt wird der Vorwurf erhoben, daß die Händler zu viel verdienen wollten. Alle Produzenten insgesamt klagen, daß sie viel zu wenig verdienen, und die Konsumenten klagen, daß sie die Waren zu teuer bezahlen müßten. Die Unternehmer aller Schattierungen wollen ihren Gewinn durch Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Arbeitslöhne vermehren; die Proletarier sind mit Recht erbost über diese Gemeinheit. Wer da noch von einer gemeinsamen Arbeit innerhalb unserer Wirtschaft reden kann, der ist entweder blind oder verrückt.

Gerade so verhält es sich auch bei der Entscheidung darüber, wer die Lasten tragen soll; die notwendigerweise getragen werden müssen. Hier beobachten wir dasselbe Spiel. Rein theoretisch gilt allerdings der Grundsatz, daß die Steuerlasten auf die tragfähigsten Schultern gelegt werden sollen, aber in der Praxis findet das Gegenteil statt. In einem Klassenstaate sind die besitzenden Volksschichten infolge ihrer wirtschaftlichen, sozialen, politischen und geistigen Uebermacht imstande, die Steuern von sich abzuwälzen und den Besitzlosen aufzubürden. Es ist eine Erfahrungstatsache, daß jedesmal, wenn eine Steuerwelle über ein Land hereinbricht, auch die Erhöhungen des Bodens bespült werden, daß sich aber stets die Gewässer in den Niederungen sammeln. Die Unterschichten müssen letzten Endes alle Steuerlasten tragen, sei es, daß die Besitzenden sich vor dem Steuer-

zahlen drücken, sei es, daß sie die ihnen auferlegten Steuern auf die Unterschichten abwälzen. Beide Methoden wenden sie mit Erfolg an. Während des Ruhrkampfes und der Geldentwertung wurden, wie die Statistik lehrt, über 80 % der Einkommensteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht, von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, weil man ihnen die Steuern einfach abzog, so daß sie in vollwertiger Valuta zahlen mußten; die Angehörigen der besitzenden Klassen bemogelten den Staat nach allen Regeln der Kunst, indem sie sich viel zu niedrig einschätzten oder indem sie den Zahlungstermin durch allerlei Kniffe und Pfiffe hinausschoben und dann in entwertetem Gelde zahlten. Als die Mark stabilisiert wurde, wurden allerlei Steuern eingeführt; aber das müßte wahrlich ein dummer Geschäftsmann sein, der es nicht versteht, die Steuern in die Preise hineinzulastulieren, so daß sie von den Konsumenten bezahlt werden müssen. Dr. Bögl redet allerdings von der Uneigennützigkeit und Selbstlosigkeit des deutschen Unternehmertums; aber kein Mensch merkt etwas davon.

So liegt die Sache in Wirklichkeit, dagegen kommt man mit heuchlerischen Redensarten nicht an. Das deutsche Proletariat empfindet diese Redensarten als Hohn und als Beleidigung, es hat den festen Willen, den Feind die Maske vom Gesicht zu reißen und Wandel zu schaffen. Dieses Ziel kann aber nicht erreicht werden, wenn man schimpft und die Fäuste in der Tasche hält, es kann auch nicht erreicht werden durch Putzche und Krawalle, es kann nur dadurch erreicht werden, daß das deutsche Proletariat zu einer Macht wird, die dem Ausbeutertum gewachsen ist, mit der die besitzenden und bevorrechtigten Schichten rechnen müssen. Irregeleitete, unwissende Menschen glauben, diese Macht beruhe auf der großen Zahl, der starken Faust, der brutalen Gewalt, sie beruhe auf Bomben, Handgranaten oder Maschinengewehren. Das ist ein verhängnisvoller Wahn. Die proletarische Macht, wie jede andere Macht, entspringt aus der geistigen und sittlichen Reife, aus der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und sozialen Gleichwertigkeit, aus der Geschlossenheit und Einigkeit, sie beruht vor allen Dingen auf starken Organisationen. Erst wenn das deutsche Proletariat sich eine auskömmliche, gesicherte Existenz errungen haben wird, erst wenn es einen starken Einfluß gewonnen hat in Staat, Gemeinde und Wirtschaft, erst wenn es über die nötige Lüstigkeit und Intelligenz verfügt, erst wenn es wieder eine einheitliche Kampffront bildet, dann erst wird es über die Macht verfügen können, die dazu gehört, um der kapitalistischen Ungerechtigkeit ein Ende zu machen und unsere Wirtschaft in eine wirkliche und wahrhaftige Arbeitsgemeinschaft umzugestalten. Darum fort mit den Heuchelphrasen von rechts und den Gewaltphrasen von links, der Weg zum Recht führt über die Macht, die mit Gewalt nichts zu tun hat, die aller kapitalistischen Verdummungspolitik spottet, die beruht auf der Einsicht, dem Willen und der Kraft des Proletariats. F. L.

Zum Bericht über die Beiratsitzung.

in Nummer 19 des „Maler“ ist uns vom Vorsitzenden des Baugewerksbundes, Genossen Paepow, nachstehende Berichtigung gesandt worden:

Die im „Maler“ Nr. 19, Seite 85, Spalte 1, abgedruckte Schilderung des Kollegen Ströme über einen Fall unzulässiger Agitation des Baugewerksbundes ist un-wahr. Wahr ist, daß der Baugewerksbund in diesem Falle gar keine Agitation betrieben hat; die Maler (nicht 50, sondern 64) haben sich der Baugewerkschaft angeschlossen mit der Erklärung, daß sie unter keinen Umständen beim Malerverband bleiben, sondern sich lokal organisieren würden, wenn sie keine Aufnahme bei der Baugewerkschaft fänden.

Es ist ferner unumgänglich, daß man (damit kann nur der Vorstand des Baugewerksbundes gemeint sein) in- geheim die in Betracht kommende Erbschaft des Baugewerksbundes in ihrer Opposition (Festhalten des Malers bestärkt. Wäre es dagegen, daß der Vorstand des Baugewerksbundes nach bester Möglichkeit dahin gewirkt hat, die betreffenden Maler dem Verband der Maler wieder zuzuführen.

Trotz dieser Verichtigung nehmen wir von unsern Fest- setzungen nichts zurück; denn offenkundige Tatsachen dürfen nicht auf den Kopf gestellt werden. Unser Vorstand hat dem Verfall über den Fall nur sehr zurückhaltend be- wertet, und auch in dem Bericht des „Maler“ ist größte Rücksicht auf den Vorstand des Baugewerksbundes genommen worden. Da die Abtreibung unserer Mitglieder schon im Laufe der 9 Monate zurückliegt und trotzdem seither das un- schickliche Verfahren noch nicht wieder gutgemacht wurde, dürfte der charakteristische Vorgang unserm Verfall nicht länger verschwiegen werden. Von einer öffentlichen Auseinandersetzung und der Darstellung von an sich sehr wertvollen Einzelheiten sehen wir aber auch jetzt noch ab. Das wird allem Anschein nach und nach der obigen Verichtigung zu stellen — denn danach soll das alte Spiel weitergehen — nach an anderer Stelle geschehen müssen. In letzteren fragt man sich ganz unwillkürlich, wie man einem Verbannten wohl mitgeteilt hätte, wenn er Mit- glied des Baugewerksbundes übernommen hätte, die sich ihm schon mehrfach „aufdrängen“ wollten, weil sie ihre Interessen beim Baugewerksbund nicht gewahrt glaubten und weil ihnen dort verbleibendes nicht gefällig.

Nun ist auf diese Angelegenheit auch der „Grundstein“ in 2 Nummern eingegangen. Dort nimmt man es kaum, daß wir uns das gekennzeichnete Vorgehen nicht ruhig ge- lassen lassen und die Vorgänge so betrachten, wie sie sich in Wirklichkeit — nicht lediglich an der Oberfläche — ab- spielen haben, und bringt es fertig, von grober Entstellung der Tatsachen, Schmungsmache und anderem zu reden. Das alles wird so gedrückt, als seien wir die Urheber des Unheils während wir die Vorgänge des lieben Friedens unter monatlicher Verantwortlichkeit haben und erst dann einen weiteren Anstoß verantwortlicher Kollegen einwirkten, nach- dem wir die Verzögerung bekommen hätten, daß man es auf der andern Seite am gütlichen Willen fehlen läßt. Daß man die Vermeidung persönlich gegen unsern Verbandsvor- stand zu prüfen und die Schuld daran, daß durch diesen Angriff auf die Unantastbarkeit unseres Verbandes der Bestand der Verbandsleitung natürlich nicht gefördert wird, auch auf andere abwälzen versucht, sei nur der Ori- ginalität wegen festgesetzt.

Konjunkturbericht für April 1924.

Die Vermehrung unserer Wohnungsbauteile hat eine Grenze erreicht, die nicht mehr überschritten werden kann. Dieses Frühjahr hat deshalb für das Malergewerbe einen ruhigen Aufschwung gebracht, der im März einsetzte, im April aber nach einer weiteren Steigerung erfahren hat. Es zeigt sich an vielen Orten ein Mangel an hochwertigen Arbeitskräften, da Kaufleute unserer Berufskollegen in den Jahren tiefsten Daniederliegens unseres Gewerbes anseherliche Arbeit angenommen haben oder ausgemauert sind. Die elenden Erwerbsverhältnisse in unserm Gewerbe bieten keinen Anreiz zur Rückkehr, noch waren sie geeignet, den Ausfall der Kriegsverluste durch stärkere Beanspruchung jugendlichen Nachwuchses auszugleichen.

Für den Monat April haben 41 Filialen für 182 Betriebsbetriebe berichtet. Der Beschäftigungsgrad wird an 59 Betrieben = 37,9% mit 1659 Beschäftigten = 10,9% als sehr gut, für 56 Betrieben = 42,4% mit 1474 Beschäftigten = 41,6% als gut, für 25 Betrieben = 19,4% mit 294 Beschäftigten = 11,1% als be- friedigend und für 1 Betrieb = 0,7% mit 15 Beschäftigten = 4,4% als schlecht bezeichnet. Das ist eine Besserung gegenüber der „sehr gut“ und „gut“ gehenden Betrieben von 88,8 auf 90,8%, die Zahl der in diesen beschäftigten Personen ist von 818 auf 98,5% gestiegen. Im Durch- schnitt kamen auf jeden Betrieb etwa 27 Beschäftigte gegen 26 im Februar und 15 im Januar dieses Jahres. In 16 Betrieben wurden 297 Lehrlinge gezählt. In 27 Betrieben des Monats wurden in 197 Betrieben 171 Kollegen haben ihre Arbeits- stunden gemeldet.

Die wöchentliche Wochenarbeitszeit beträgt für 4 Betriebe mit 27 Beschäftigten 45 Stunden, für 13 Betriebe mit 2-2 Beschäftigten 44 Stunden, für 4 Betriebe mit 137 Be- schäftigten 43 Stunden, für 109 Betriebe mit 3798 Be- schäftigten 42 Stunden, und 2 Betriebe mit 38 Beschäftigten mit 41 Stunden Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit. Dagegen betrug in 15 Betrieben mit 2744 Beschäftigten 40 Stunden, in 25 Betrieben mit 620 Beschäftigten 39 Stunden und in 7 Betrieben mit 178 Beschäftigten über 38 Stunden arbeiteten, wobei vielfach ein freier Sonn- tagenachmittag besteht. Die Ausübung unseres Berufes hat sich in den beschwerlichen Privatarbeiten mit sich. Die Beschäftigung angelegener Arbeiter verhältnis- mäßig überfordern verlangt, und auch geleistet werden. Die Beschäftigung für die „soziale“ Einstellung mancher Kollegen, die in den tariflich festgesetzten Achtstunden- tagen durch Überforderung der Zulagen für Überstunden nicht ausreichen oder gar befähigen zu können, und es kann nur durch entsprechende Festsetzung werden, daß in einer bestimmten Weise jede Arbeitsleistung demerit wird. Zu erwähnen ist ferner, daß es in manchen Orten gelungen ist, die Beschäftigten nicht ausschließlich über den tariflichen Lohn hinaus zu beschäftigen.

Die Beschäftigtenverhältnisse hat sich gegen die - Ende des Monats von 81,7% im Januar und 85,1% im Februar auf 88,8% im Märzmonat gehoben. Der unge- nügende Beschäftigungsgrad im Zwangsorganisationsbereich des Gewerksbundes der Arbeitgeberverbänden ange- sprochen, und durch unsere Kollegen Veranlassung genug gegeben, die in manchen Fällen unseres Verbandes zu- rückzuführen. In der Industrie, im Berg- gewerbe, im Bau- und im Landgewerbe sind der Aufschwung der Produktion, der unter anderem durch die Überwindung der Kriegsverluste und die Erleichterung der Beschäftigung durch die Erleichterung des Arbeitsmarktes zu- rückzuführen.

nifizieren und dadurch alle dunklen Klänge der offenen und verstellten Arbeiterfeinde zunichte machen. Die Konjunktur ist auch für die nächste Zeit außer- ordentlich gut. Erfülle jeder Kollege seine Pflichten als gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, er verbessert damit nicht nur seine eigene wirtschaftliche Lage, sondern wirkt zugleich für die Befreiung der Arbeiterschaft aus kapital- istischer Unterdrückung.

Arbeitspausen.

Landesgewerbeamt Dr. Telesky, Düsseldorf, äußert sich in der „Gewerkschaftszeitung“ über diese leider viel zu wenig beachtete Frage wie folgt:

Zwei Gruppen von Gründen haben die Arbeiterschaft zu ihrem Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit veran- laßt: kulturelle und gesundheitliche. Raum war der Acht- stundentag erreicht, so trat ein Gegensatz zwischen den beiden Motiven zutage. Der Wunsch nach möglichst langer zusammenhängender Freizeit, die allein vom einzelnen nützlich oder angenehm verwandt werden kann, der Wunsch, mit dem täglichen Arbeitpensum möglichst frühzeitig fertig zu werden, führt zu dem Bestreben nach möglichst kurzen Arbeitspausen. Einigen dieser Pausen aber unter ein ge- wisses Maß führt zu Gesundheitschädigung.

Einer von uns, Landesgewerbeamt Dr. Gerbis, hat im Dezember 1923 in der „Sozialen Praxis“ auf diese „Fehler in der Praxis des Achtstundentages“ hingewiesen; er verlangt nach zweistündiger Arbeit eine viertelstündige Frühstückspause. Die Mittagspause muß so lange dauern, daß sie eine gemächliche Mahlzeit erlaubt und darüber hinaus noch mindestens 20 Minuten körperliche Ruhe. Sie soll insgesamt niemals weniger als eine Stunde betragen; wenn die Arbeiter das Fabrikgrundstück verlassen müssen, ist mindestens eine einestündige Mittagspause not- wendig. Bei Schwerarbeit ist noch nachmittags eine viertel- stündige Pause notwendig.

Zu ähnlichen Forderungen in bezug auf die Mittags- pause kommt Professor Kregina in einem dem österreichi- schen Bundesministerium für soziale Verwaltung erstatteten Gutachten.

Pausen sind notwendig zur Vermeidung allzu starker Ermüdung, auf die nur langsam die Erholung folgt. Die Mittagspause muß lang sein, um Aufnahme einer mög- lichst reichlichen Mahlzeit in Ruhe zu gestatten, sie muß Zeit zur ruhigen Verdauung und zur Erholung geben. Die österreichische Gewerbeordnung hat stets für Männer eine mindestens einestündige Mittagspause vorgeschrieben. Diese Vorschrift ist auch bei gesetzlicher Einführung des Acht- stundentages nicht aufgehoben worden. Bei längerer Ar- beit waren außerdem Pausen von zusammen 1/2 Stunde gesetzlich vorgegeben.

Wir Gewerbeärzte alle und ein großer Teil der Ge- werbeaufsichtsbeamten haben uns zur Zeit des allgemeinen Achtstundentages alle Mühe gegeben, auf die zweckmäßige Einschaltung von Arbeitspausen hinzuwirken, der Ueber- spannung des Wunsches nach frühzeitiger Beendigung der Arbeitszeit entgegenzutreten — leider häufig nicht mit dem gewünschten Erfolg. Wir sind Betriebe bekannt, in denen die Arbeiterschaft innerhalb des Achtstundentages über- haupt keine Arbeitspause wünschte. In langen Besprechun- gen mit den Betriebsräten habe ich gefragt, was früher die Arbeiterschaft dazu gesagt hätte, wenn ein Arbeitgeber pausenlose Achtstundenarbeit verlangt hätte, ob es ihnen menschenwürdig scheine, mitten im Rauch und Schmutz der Werkstatt mit von Schmieröl beschmutzten Händen einige Bissen Brot in den Mund zu schieben als einzige Nahrungsaufnahme zwischen 7 Uhr früh und 5 Uhr abends. Ich hatte darauf hingewiesen, daß in der halbstündigen Mittagspause der Inhalt der Werkstatt, in der die Arbeiter nach schnellem Verlassen ihrer Mahlzeit in einem Winkel oder über den Arbeitstisch gelegt einschlafen, um beim Er- stehen der Glöcke aus ihrem Schlummer aufzufahren, an die schlimmsten von Marx und Engels beschriebenen Zu- stände erinnere. Ich hätte in dieser Ueberbannung des Achtstundentagsgedankens damals eine Ueberreibung ge- sehen, die mit langem Versehen des Achtstundentages von selbst verschwinden würde.

Es ist anders gekommen; die Not der Zeit hat zur Verlangern der Arbeitszeit gezwungen, damit ist aber der Wunsch nach der abendlichen Freizeit gestärkt worden. Der Wunsch nach möglichst geringer Arbeitspausen wirkt sich nun in einer Weise aus, die geradezu verheerend auf die Gesundheit der Arbeiterschaft wirken muß. Bei neun- einhalb- und zehnstündiger Arbeitszeit eine einzige Pause von einer halben Stunde muß mit Notwendigkeit zur Ueber- müdung und zu raschem Ausbrauch der Körperkräfte führen, auch bei den kräftigsten Männern und bei Nichtschwerarbeit.

Es muß die Arbeiterschaft ganz entschieden davor ge- warnt werden, in solcher Weise Mühsal an ihren Kräften zu treiben. Gewiß ist es erwünscht, früher zu Pause zu sein, in den Sommermonaten mehr Zeit zu haben, den Kleingarten zu bestellen; für die Frauen, noch Zeit zu haben, Einkäufe in Ruhe zu besorgen. Alle diese Dinge aber müssen für den Arbeiter zurücktreten hinter der Schä- digung der Gesundheit, die ein Stundenlanges, passives Arbeiten, ein Arbeiten ohne eine zur Einnahme der Mahl- zeit und zum Ausruhen notwendige Mittagspause mit sich bringt. Noch mehr als den männlichen Arbeiter schädigt solches durch ganz ungenügende Pausen unterbrochene Ar- beiten Frauen und Jugendliche. Die deutsche Gewerbe- ordnung enthält keine Vorschriften über die Arbeitspausen erwachsener männlicher Arbeiter, sie schreibt aber für ju- gendliche Arbeiter bei mehr als achtstündiger täglicher Ar- beitszeit eine einestündige Mittagspause und vormittags und nachmittags je eine halbe Stunde Pause vor, für Ar- beiterinnen eine mindestens einestündige Mittagspause. Gegen alle diese notwendigen Arbeiterschutzbestimmungen wenden sich aber jetzt häufig die Arbeiter und die Betriebs- vertretungen selbst, verlangen auch für Jugendliche und Frauen eine Wegfall der Zwischenpausen, die Kürzung der Mittagspause. In dem begrifflichen, aber kurzfristigen Wunsch nach frühzeitiger Beendigung der täglichen Arbeits- zeit übersehen Arbeiter und Arbeiterinnen den Schaden, den die durch das Nehlen entsprechender Pausen hervor- gerufene oder gesteigerte Ueberanstrengung an ihrer Ge- sundheit und so verkräft anrichtet. Darüber hinaus aber

mühten Gewerkschaften und Betriebsräte sich die Frage vor- legen, ob es ihre Aufgabe sein kann, so mitzuarbeiten an dem Abbau gesetzlicher Arbeiterschutzbestimmungen, durch deren Einführung einst einem dringenden Wunsch der Ar- beiterchaft entsprochen wurde. Ich bin überzeugt, daß Be- triebsräte und Gewerkschaften, wenn sie die Frage der Arbeitspausen nach allen diesen Richtungen hin in Er- wägung ziehen, selbst die Notwendigkeit dieser Arbeit- schutzmaßnahmen einsehen, die Unannehmlichkeiten und kleinen Vorteile frühzeitigen Arbeitschlusses gegenüber den Notwendigkeiten des Gesundheitsschutzes zurückstellen werden.

Staat, Gewerkschaften und Volk.

Wir leiden in der Arbeiterbewegung, und besonders in den Gewerkschaften, an der Tatsache, daß einestündig dem weitest großen Teil der sozialistischen Arbeiterschaft die sozialistischen Lehren nur schlagwortartig gebracht wurden, andererseits den nach dem Kriege gewonnenen Arbeiter- massen überhaupt keine Durchbildung zuteil wurde. Wie und ob es hätte geschehen können, sei hier unerörtert. Fest steht, daß vor dem Kriege durch das politisch notwendige Streben nach Quantität der Mitglieder die Qualität der- selben litt; denn alle Kräfte wurden auf die Agitation ge- richtet. Agitations- und Parteiversammlungen, Flugblätter und im Spätsommer kleine Broschüren waren das einzige, was den Mitgliedern die sozialistischen Lehren vermittelte. Als nach dem Kriege ein gewaltiger Zustrom zur Partei und zu den Gewerkschaften kam und gleichzeitig die sich immer schwieriger gestaltende Lohnpolitik alle Kräfte in Anspruch nahm, war an eine Durchbildung der Massen gar nicht zu denken, trotzdem es zu jener Zeit ganz besonders nötig gewesen wäre. Aus dieser Tatsache heraus ist die in jeder Gewerkschaftsversammlung so schmerzhaft zu empfin- dende Lücke Verbindung zwischen Führern und einem großen Teile der Mitgliedschaft zu verstehen. Dazu kommt die durch die veränderten Verhältnisse erforderliche Um- stellung zu allem, was im Rahmen des Staates liegt. Es drängt sich die Wahrheit auf, daß man aus der bloßen Negation gegenüber dem Staate heraus muß (wenn man eine solche Negation auch die Agitation sicher erleichtert), wenn die Gewerkschaften das schaffen wollen, worauf (als das sozialistische Gemeinwesen aufbauen soll. So wird heute der Staat mehr und mehr zum Zentrum der proletarischen Politik. Was ist denn auch bei den Giganten Marx und Engels selbst der Staat? Hören wir Marx im kommunistischen Manifest 1847:

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital ab- enteufen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, das heißt der herrschenden Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Pro- duktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“

Und Engels führte es näher aus: „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und ver- wandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatsbesitz. Der erste Akt, wo der Staat wirklich als Repräsentant der Gesellschaft auftritt — die Weltbergehung der Pro- duktionsmittel im Namen der Gesellschaft —, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab.“

Es wird dem Staat also nur eine zeitweilige so- genannte transitorische Rolle zuerkannt, und seine Aufgabe ist lediglich eine niederhaltende, eine polizeiliche. Das ist nicht weit von jener völlig negativen Staatsauffassung der Libe- ralen entfernt, die Lassalle als Nachwächteridee bezeichnet.

Trotzdem nun heute der Staatwille ein stärkeres ge- worden ist, bleibt er dennoch negativ, da der Staat noch immer als Mittel, nicht als Selbstzweck bejaht wird.

Als ein Fortschritt ist jedoch die heilige Staatsbejahung dennoch zu bezeichnen; denn, da vordem kein Staatswille vorhanden war, trat der Staat auch nicht in das Gesichts- feld der proletarischen Politik, zum Schaden der sozialisti- schen Bewegung.

Anders als bei Marx und Engels ist die mit als wahr- haft sozialistische Einstellung zum Staate bei Lassalle, Fichte und Ramsay MacDonald. Lassalle:

„Der Staat ist diese Einheit der Individuen in einem sittlichen Ganzen, eine Einheit, welche die Kräfte aller ein- zeln, die in diese Vereinigung eingeschlossen sind, millionenfach vermehrt, die Kräfte, die ihnen als einzelne zu Gebote stehen, würden millionenfach vervielfältigt. Der Zweck des Staates ist die Erziehung und Entwicklung des Menschengeschlechts zur Freiheit.“

Fichte: „Dieses Postulat von einer Reichseinheit, eines innerlich und organisch durchaus verschmolzenen Staates, darzustellen, sind die Deutschen berufen, und dazu da im ewigen Weltplan. In ihnen soll das Reich ausgehen von der ausgebildeten persönlichen Freiheit.“

Macdonald: „Der Staat ist nicht die Regierung und nicht die Gesellschaft, er ist die organisierte politische Per- sönlichkeit eines unabhängigen Volkes, die Organisation einer Gemeinschaft, um ihren gemeinsamen Willen geltend zu machen durch politische Mittel. Es ist ein Irrtum, an- zunehmen, daß der Staat nur das ist, was die Individuen aus ihm gemacht haben. Auch die Vergangenheit hat ihn gemacht. Daher muß der Staat als ein Organisches be- trachtet werden.“

Das ist der Staat, wie er sein soll und wie er werden wird. So, wie er heute ist, ist er in der Tat ein Instru- ment, ein Mittel des Unternehmers. Er ist Interpellat, Ueberseher der bestehenden Machtverhältnisse in Rechts- formen. Dieses Unternehmertum, das noch heute durch die Wirtschaft den Staat als Mittel benutzen kann, ist der größte Feind der wahren Staatsidee, muß es sein, da es eine sozialistische ist. Da nun die Gewerkschaften der wirt- schaftlichen Kontrapunkt des Unternehmertums sind, müssen sie schon ganz zwangsläufig eine Politik im Sinne der drei eben angeführten Sozialisten führen. Das wird selbst dort geschehen müssen, wo es gegen das Interesse einzelner Be- rufsgruppen in den Gewerkschaften sein würde. Selbst heute, oder heute gerade in der Zeit allgemein wirtschaft- licher Not. Es kann auch gar nicht im Interesse der Ar- beiterchaft liegen, wenn einzelne Gruppen augenblicklich pekuniäre Vorteile erringen, durch die das Ganze der Wirt-

1 Von der Utopie zur Wissenschaft. 2 Arbeiterprogramm. 3 Re- gierung und Sozialismus. (1909.)

schaft zu leiden hat. Dieser Einfluß haben sich schon viele Arbeiter verschaffen. Bedauerlich ist, wenn ihren Handlungen nach dieser Richtung hin die Mitglieberschaft verständiglos gegenübersteht und ihnen gar Verrat unterworfen wird. Doch ist dieses Verhalten aus den zu Anfang angeführten Tatsachen heraus zu verstehen. Die von den Gewerkschaften betriebene Sozialpolitik ist schon Embryo einer sozialistischen Staatspolitik. Das Streben nach der wirtschaftlichen Demokratie ist ein Teil der sozialistischen Staatspolitik, da ohne sie die politische Demokratie nur eine leere juristische Fassade und Fiktion ist. So bildet der Tarifvertrag als kollektiver Vertrag den Übergang zum staatswirtschaftlichen gemeinsamen Arbeiten aller Volksgenossen. Im Gegensatz zum alten Privatvertrag. Das Betriebsratsgesetz gibt dem Betriebe die rechtliche Organisation, durch die nicht mehr das Interesse des Unternehmers im Betriebe allein maßgebend ist. Gelingt es den Gewerkschaften, die Betriebsräte dahin zu erziehen, daß sie nicht nur das Interesse der im Betriebe Arbeitenden wahren, sondern ihre Tätigkeit unter der Perspektive des Allgemeinwohls verrichten, so sind wir dem sozialistischen Staate nahe.

Und wie ist es mit den Gewerkschaften, besonders den rein gemeinnützigen? Sind sie nicht eine treffliche Verbindung von Mitteln und Gegenstand gegenüber dem Unternehmertum und Bildungsstätten des sozialistischen Staatsgeistes? So sehen wir, daß in den Gewerkschaften triebmäßig die Arbeit an der Organisierung des Staates schon vollzogen wird, nicht nur die Bekämpfung und Verhütung des kapitalistischen Staates als Aufgabe gesehen wird. Es gilt nun aber auch, gelöst völlig mit der alten Einstellung zum Staate zu werden. Die Gewerkschaften müssen sich ganz auf ihre Aufgabe als bindendes Bindeglied zwischen Volk und Staat und als Regulator der Wirtschaft einstellen. Denn es ist den Gewerkschaften nach dem Kriege gelungen, fast alle Schattierungen des Volkes in sich aufzunehmen. Volk aber ist mit Arbeiterschaft eines Landes, einer Sprache, mit allem, was wir mit Volkstum bezeichnen, identisch. Denn alles, was produktive Arbeit leistet, zählt zur Arbeiterschaft; diejenigen, die von der Arbeit anderer leben, zählen nicht zum Volk, sie sind Schmarotzer am Volk; denn die Grundlage des Volkes ist die gemeinsame Arbeit. Neuere Form des Volkes ist der Staat. Brücke zwischen Volk und Staat ist im politischen Leben die Partei, im wirtschaftlichen Leben die Gewerkschaft. Zum Sozialismus führt der Weg über den Staat im Sinne Platoes, Ruffalles und Macdonalds.

künftige und zweckmäßige Verteilung der knappen Kredite war nicht vorgesehen; nur bei den durch die Reichsbank verteilten Krediten hatten sich bis zu einem gewissen Grade ähnliche Gesichtspunkte geltend gemacht. Bis vor kurzem erfolgte sogar die Verteilung von öffentlichen Geldern ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaft. Die Steuern waren nicht hoch genug, um das Gleichgewicht des Staatshaushaltes herzustellen, noch weniger, um den Luxusverbrauch der Reichen zu unterbinden. Außer der Förderung der Lohnherabsetzungen und Arbeitsgeheimhaltungen wurde nur ein eifrig betriebener Wiederaufbau. Es konnte bis zum 1. April der Abbau von 830 000 Beamten, Angestellten und Arbeitern gemeldet werden. Da aber die Abgebauten zum größten Teil der Reichsbahn und der Postverwaltung angehörten, die jetzt als unabhängige Wirtschaftskörper behandelt werden, ist die Ersparnis für den eigentlichen Staatshaushalt äußerst gering. Zur Verringerung der Gesamtlage kann dieser Abbau im wesentlichen gar nicht beitragen. Unter solchen Umständen mußte eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands eintreten. Einstweilen ist sie noch wenig in Erscheinung getreten; die günstige Aufnahme des Sachverständigenberichts und die Aussicht auf eine Lösung der Reparationsfragen hat die Zurechtweisung auf die künftige Entwicklung gesichert. Nichtsdestoweniger ist die Gefahr einer Verschärfung der Krise vorhanden, und diese wird, falls sie nicht mit allen Mitteln entgegengearbeitet wird, unvermeidlich werden.

Die staatliche Einmischung in die Arbeitskonflikte.

Die soziale Bewegung Deutschlands wird gegenwärtig durch die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse stark beeinflusst. Fragen von größter Wichtigkeit in bezug auf die Tarifverträge und die Möglichkeit der Arbeitskämpfe haben einer weiteren Klärung bedürftig. Auf der Tagung der Unternehmerverbände im März dieses Jahres vertriegen sich einige Vertreter der Unternehmer so weit, das Streikrecht der Arbeiter überhaupt in Abrede zu stellen. — In England, wo eine Anzahl gesetzlicher Einrichtungen für die Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse bereits besteht, unter ihnen in erster Linie die Lohnämter (Trade Boards), wird demnach ein konservatives Mitglied des Unterhauses einen Gesetzentwurf unterbreiten, demzufolge bei einem jeden Arbeitskonflikt die Streitfragen durch eine staatliche Kommission untersucht werden müssen. Solche Kommissionen pflegen in England des öfteren eingesetzt zu werden. Bekanntlich wurde auch der Streit der Hafenarbeiter durch die Vermittlung einer solchen staatlichen Untersuchungskommission beendet. Die Feststellungen dieser Kommission waren aber für die Parteien nicht verbindlich. Es steht dahin, ob den auf Grund des geplanten Gesetzes einzusetzenden Untersuchungskommissionen auch irgendeine bindende Kraft zugesprochen wird.

In Kanada besteht seit 1918 beziehungsweise 1920 ein Gesetz, das den Staat auch ohne Ansuchen der Streitparteien zur Untersuchung des Konfliktes ermächtigt. (Auf Verlangen der Parteien konnte die Untersuchung bereits auf Grund eines Gesetzes von 1907 stattfinden.) Der Schiedsspruch der Kommission ist aber in Kanada nicht verbindlich und hat nur den Zweck, den Ausbruch der Streiks zu verschieben, da Streiks während der Dauer der Untersuchung nicht begonnen werden dürfen. Nach den bisherigen Erfahrungen war aber diese Einrichtung von geringem Vorteil. Die großen Berg- und Eisenerzmagaten wollten sich dem Gesetz nicht fügen. — In den Vereinigten Staaten hat eine Anzahl von Gliedstaaten Gesetze zur Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche geschaffen. In 12 Staaten wird ein Schiedsspruch verbindlich und mit Zwangsmitteln vollstreckbar, wenn beide Parteien den Schiedsspruch im vorhinnten angenommen haben. In 17 Staaten ist der Ausbruch eines Streiks während eines von beiden Parteien vereinbarten Schlichtungsverfahrens verboten. 20 Gliedstaaten haben Gesetze für die zwingend-mäßige staatliche Untersuchung der Arbeitskonflikte. Es sind aber nur 2 Staaten, die Streiks und Aussperrungen verbieten und statt ihrer den zwingend-mäßigen Schiedsspruch stellen. Im Gliedstaat Kansas ist für solche Schiedssprüche ein Industriegerichtshof eingerichtet. Das System der staatlichen Schiedssprüche ist aber am meisten in Australien entwickelt, wo in Neuseeland das staatliche Schlichtungswesen bereits seit 1894 besteht. Ähnliche Gesetze gibt es auch in den übrigen Staaten des australischen Staatenbundes. Das staatliche Schlichtungswesen in Neuseeland wird sehr ausführlich in einem jüngst erschienenen Heft der vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen „Revue Internationale du Travail“ behandelt. Im weiteren Verlauf hat sich das staatliche Schlichtungswesen in Neuseeland so gestaltet, daß die einzelnen Arbeitskonflikte auf Ansuchen eingesezte Kommissionen geschlichtet werden, während die staatlichen Organe nur für die Bestimmung der Löhne zuständig sind. Seit 1918 bestimmen diese staatlichen Organe auch Minimallöhne, die für sämtliche Industrien gleich sind. Bei der Bestimmung der Minimallöhne erfolgte eine Einteilung der gesamten Arbeiterschaft in drei Klassen: gelernte, angeleitete und ungelernete Arbeiter. Damit wurde eine weitgehende Vereinheitlichung sämtlicher Industrielöhne erzielt. Da die Minimallöhne nur in großen Zeiträumen verändert werden und deshalb den Veränderungen der Lebenshaltungskosten langsam folgen, würde eine große Beständigkeit der Lohnsätze erreicht, die für die Arbeiter in der Zeit der Steigerung der Lebenshaltungskosten während der Konjunktur einen großen Nachteil bedeutete, in der späteren Krise aber sie vor Lohnherabsetzungen schützte.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen konnte man das für die soziale Bewegung und die Entwicklung der Gewerkschaften die hier erwähnten Einrichtungen nicht günstig bewerten. Sie konnten den ungehörigen Verlauf der Produktion nicht sichern, haben dagegen die Kraft der Organisation — ganz besonders dort, wo auch das Streikrecht nicht oder nicht in vollem Umfang bestand — sehr geschwächt. Fürs erste stellt auch der Bericht der Whitley-Kommission — Whitley ist der Schöpfer der sehr erfolg-

reichen Industrieausschüsse in England — fest, daß die Zwangsschlichtung kein brauchbares Mittel zur Verhütung von Arbeitskonflikten darstellt. Auf der anderen Seite haben die Arbeiter und die Gewerkschaften, selbst wenn sie anfangs, wie in Australien oder Kansas, die erwähnten Einrichtungen gern in Anspruch nahmen, die überwiegenden Nachteile dieser Mittel festgestellt. Ausschlaggebend für die Ablehnung des Schiedsverfahrens in seinen verschiedenen Formen ist die Erkenntnis, daß im bestehenden kapitalistischen Industriesystem die Unternehmer nur durch die Möglichkeit eines Streikes zu Zugeständnissen veranlaßt werden können.

Richtlinien für die Arbeit in den sozialen Baubetrieben.

In den Arbeitskämpfen im Baugewerbe.

Im deutschen Baugewerbe besteht seit Ablauf des Reichstarifvertrages und der örtlichen Tarifverträge ein Kampfaufstand, der in vielen Orten und in ganzen Landes-teilen bereits zu Aussperrungen geführt hat. Der Grund, weshalb ein neuer Reichstarifvertrag noch nicht zustande kam, ist bekanntlich die Forderung der Unternehmer auf Einführung des Achtstundentages. In der jetzigen Zeit, wo die wirtschaftliche Lage Deutschlands und insbesondere der arbeitenden Massen nach einer Steigerung der Erzeugung förmlich schreit und wo die große Wohnungsnot die Arbeit im Baugewerbe besonders notwendig macht, sind Arbeitskämpfe in diesem wichtigen Schlüsselgewerbe der deutschen Volkswirtschaft sehr zu bedauern. Es ist deshalb zu begrüßen, daß zwischen dem Verband sozialer Baubetriebe, dem Deutschen Baugewerksbund, dem Zentralverband der Zimmerer und dem Verband der Maler Deutschlands eine Vereinbarung zustande kam, die für die Fortführung der Arbeit in den sozialen Baubetrieben in der tariflosen Zeit eine geeignete Grundlage schafft.

In der soeben erschienenen Nummer 10 der „Sozialen Bauwirtschaft“ wird diese Vereinbarung veröffentlicht. Die genannten Organisationen sprechen darin den Wunsch aus, daß die Arbeit in den sozialen Baubetrieben auch während der Kämpfe im Baugewerbe ununterbrochen fortgeführt und, wenn möglich, durch Übernahme neuer Arbeiten und Einstellung neuer Arbeitskräfte erweitert werde. Um dies zu erreichen, wurden besondere Richtlinien aufgestellt, nach denen bei Aussperrungen und Streiks von den sozialen Baubetrieben und den örtlichen Gewerkschaften gehandelt werden soll. Die Richtlinien bringen zum Ausdruck, daß die sozialen Baubetriebe Schöpfungen der Gewerkschaften und Handwerkerbetriebe der Allgemeinheit sind, und daß es deshalb Pflicht eines jeden organisierten Arbeiters ist, sie auch während Streiks und Aussperrungen nach besten Kräften zu fördern. Die Nummer enthält auch sonst eine Fülle interessanter Stoffe, unter anderem eine Warnung vor der „Ambo-Organisation“, die in ganz Deutschland unter großen Versprechungen Gelder für den Wohnungsbau locker zu machen versucht und deren „Präsidenten“ die „Frankfurter Zeitung“ als einen recht „vielseitig“ tätigen Herrn in einer Dachstube in Frankfurt a. M. entbehrt hat. Ferner ist in ihr ein Brief der Berliner Töpferinnung an die dem Verbands sozialer Baubetriebe angeschlossene Töpfergesellschaft zu veröffentlichen, in dem die Innung den genannten Vertreter mit einer Strafe von 1000 Goldmark bedroht, weil er seine Geschäftskostenaufschlag und damit seine Preise nach Meinung der Innung und des Arbeitgeberverbandes für das Töpfer- und Ofenheugewerbe zu niedrig ansetzt.

Aus unserm Beruf.

York. Für den Stand einer Filiale und den in ihr waltenden guten kollegialen Geist zeugt es, wenn sie auf Verbandsmitgliedern bliden kann, die der Organisation stets die Treue gewahrt haben. Unter unsern Mitgliedern, die nunmehr 20 Jahre unserer Filiale angehören, zählen die Kollegen Otto Sader, Otto Just und Paul Marquardt. Letzterer ist seit 25 Jahren bei der hiesigen Firma Glühbach beschäftigt.

Gewerkschaftliches.

Der Kampf der Bergarbeiter geht weiter. Am 17. Mai nahmen die Delegierten des deutschen Bergarbeiterkampfes in Bochum zu dem in Berlin gefällten Schiedsspruch Stellung. Einmütig wurde das Ueberarbeitsabkommen abgelehnt. Mit allem Nachdruck stellte die Konferenz fest, daß die Bergarbeiter sich nicht weigern, Ueberarbeit zu leisten, soweit die wirtschaftliche Notlage es erfordert. Die Ueberstunden müssen jedoch besonders bezahlt und der tarifmäßige Zuschlag gewährt werden. Weiter wendet sich die Konferenz mit aller Schärfe gegen das Gebaren der RPD. und Unionisten, die in der Stunde der höchsten Kraftanstrengung der Bergarbeiterschaft, ihre ganze Aufgabe darin erblicken, Mißtrauen zwischen den Führern und Massen des Verbandes zu schaffen. Die Bergarbeiter stehen in ihrem berechtigten Abwehrkampf einmütig und geschlossen hinter der Organisation.

Nachdem die 4 Bergarbeiterverbände einzeln zu dem Schiedsspruch Stellung genommen hatten, gaben sie in einem gemeinsamen Aufruf bekannt, daß das Ueberarbeitsabkommen einstimmig abgelehnt wurde. Die Ablehnung erfolgte, weil weder eine besondere Bezahlung noch ein tariflicher Zuschlag für die Ueberarbeit in diesem Schiedsspruch vorgesehen ist. Die festgesetzte Frist für das Ueberarbeitsabkommen, das bis zum 31. März 1925 un-kündbar laufen soll, ist von zu langer Dauer. Das Zweischichtensystem für die durchgehenden Betriebe mit einer Wochenarbeitszeit von 78 Stunden muß als eine besondere Härte für die davon betroffenen Arbeiter angesehen werden. Klar und deutlich brachten die Konferenzen zum Ausdruck, daß die Arbeitergewerkschaften gewillt sind, Ueberarbeit aus volkswirtschaftlichen Gründen zu leisten, wenn sie als solche anerkannt und entsprechend bewertet wird. Nach wie vor ist die Bergarbeiterchaft bereit, zu der tariflich zu Recht bestehenden Arbeitszeit die Siebenstunden-Untertage und Achtstunden-Obertage zu arbeiten. Sie wird durch die

Vor einer Verschärfung der Wirtschaftskrise.

Noch immer wird eine Steigerung des Beschäftigungsgrades, eine Abnahme der Arbeitslosigkeit, gute Konjunktur für eine Anzahl von Geschäftszweigen gemeldet, doch droht bereits eine tiefe Krise ihre Schatten voraus. Als der Druck der Papiergeldnoten für den Staatsbedarf einstellt und die Rentenmarkt in den Verkehr gebracht wurde, standen wir bereits mitten in der Stabilisierungskrise, da das damals vorhandene Indexsystem, wozu noch die Aufschläge für Entwertungserlöse kamen, die Preise weit über den Weltmarktkurs getrieben und die Ausfuhrfähigkeit der auch die innere Kaufkraft unterbunden hatte. Die Rentenmarkt stellte das verlorene Vertrauen in das deutsche Geldwesen wieder her, und deshalb gingen auch die Preise trotz der gewaltigen Steigerung der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel zurück. Es folgte der zweite Abschnitt der Stabilisierung, mit der eine verhältnismäßige Verhütung des Wirtschaftsliebens — von den sozialen Rücksichten in-folge der Unternehmerreaktion abgesehen — einherging. Die deutsche Wirtschaft erhielt so eine Atempause, um sich an veränderten Verhältnissen anzupassen, die noch bestehende Stabilisierungskrise zu überwinden und deren Verschärfung zu verhüten. In diesen Monaten hätte der inländische Verbrauch geregelt, die Möglichkeit der Ausfuhr durch weltbewerfähige Preise gesichert, die knapp vorhandenen Kredite an die notwendigen Stellen gesetzt, das Staatsbudget in Ordnung gebracht werden müssen. Nur das Zusammenwirken all dieser Maßnahmen hätte die Wirtschaft retten können. Die Lage war um so schwieriger und hätte um so größere Vorsicht gefordert, als der Rentenmarkt ein rein inländisches Geld darstellt und keinen internationalen Markt hat, weshalb die Einflüsse mit Rentenmarkt nicht bezahlt werden können, sondern ausschließlich mit fremden Wäutern, die dem Inland als dem Erlös der Ausfuhr zur Verfügung stehen. Die Regierung zeigte sich jedoch unfähig, dieser schwierigen Lage gegenüber dem Egoismus der Privatunternehmer zu handeln, und war nicht bereit, durch eine wohlüberlegte Planwirtschaft die Schwierigkeiten zu überwinden. Sie hat es bei Arbeitszeiterlängerung und Lohnkürzung bewenden lassen, ohne die wirklich notwendigen Maßnahmen durchzuführen. So befinden wir uns heute in einer Lage, die durch folgende Merkmale gekennzeichnet wird: Die Menge der im Umlauf befindlichen Zahlungsmittel ist durch Herausgabe von neuem Papiergeld beträchtlich angeschwollen. Es besteht bereits eine Inflation, die sich später scharf auswirken muß, wenn im letzten Augenblick nicht noch eingedämmt werden kann. Die Rentenmarktkredite sind dabei ganz erschöpft. Die neue Goldkreditbank wird zwar wieder Kreditmittel für die Einfuhr bereitstellen, sie kann aber die Lage falls die ausländischen Wäutern in Deutschland zu ungenügendem Konsum verwendet werden — nur noch weiter verschärfen. Eine Regelung des inländischen Verbrauches ist unterbunden, der Luxusverbrauch hat sich allmählich erhöht, die Einfuhr hat sich auf Kosten der Rohstoffe zugunsten der Fertigerzeugnisse und der Konsumwaren verschoben. Nicht genug, daß kein Preisabbau folgte, sondern vielmehr eine Steigerung, die im Großhandel in den letzten Wochen etwa 10% betrug. Bei der Vermehrung der Zahlungsmittel war dies vorauszu sehen, da man hätte dem nur durch eine sehr energische Preis- und Währungs- politik entgegenwirken können. Die hohen Preise haben aber die Ausfuhrfähigkeit unterbunden, die Handelsbilanz gestaut sich immer schlechter und war im Februar im unbefriedigten Gebiet mit einer Viertel-milliarde Goldmark passiv, von der ungehemmten Einfuhr besetzte Gebiet ganz zu schweigen. Für eine ver-

Vom Ausland.

Schweiz. Der Streik der Maler in Zürich wurde am 10. Mai beendet, nachdem die Zahl der Arbeitenden eine zu grosse geworden war. Der Streik der Gipser dauert fort. Die Lohnbewegung der Maler in Aarau hat durch eine Vereinbarung ihren Abschluss gefunden. Nach Thun muss der Zuzug von Malern und Gipser ferngehalten werden.

Fachliteratur.

Decorationsmotive der „Malerzeitung“. Leipzig, Verlag von Fackel & Göttel. Die Nr. 278 dieses künstlerischen Vorlagewerkes enthält zwei moderne Entwürfe von Emil Bode: Dede für Borran und Band für Borran; C. Gladbeck bringt einige recht wirkende Tiermotive; als gut gelungen ist auch Otto Obermayer's Entwurf für eine Wanddecoracion in einem kleinen Festsaal bezeichnet. Heinrich Büttich bringt den Entwurf einer einfarbigen Dede.

Literarisches.

Ferdinand Hanusch. Der Mann und sein Werk. Die österr. Gewerkschaftskommission hat durch die Herausgabe dieses Broschüre den Mann des großen Wortkämpfers der österreich. Sozialpolitik, Ferdinand Hanusch, ein Werk gewidmet, das seinen Inhalt der „Arbeit und Wirtschaft“, Wien VI, Gumpendorferstr. 12, entlehnt ist. In der 144 Seiten starken Schrift wird ein geschlossenes und abgerundetes Bild von Hanusch' Leben und Wirken entworfen. In seiner Kindheit und Jugend an folgt ihm der Chronist durch seine gewerkschaftliche Tätigkeit bis zu seinem Aufstieg zum Staatssekretär und Direktor der Wiener Arbeiterkammer. Auch Hanusch' poetische Begabung und seine rein menschlichen Eigenschaften erfahren eine ausführliche Würdigung. Abgeschlossen wird die Broschüre mit Hanusch' letzter Rede und einer nachgelassenen kleinen dichterischen Arbeit. Als dieses schöne Gedenkbild für Hanusch, diesen ersten Sohn des Volkes die weiteste Verbreitung finden.

„Gewerkschaftsarchiv.“ Monatshefte für Theorie und Praxis der Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Spring, Fern. Verlag: „Gewerkschaftsarchiv“, Fern, Gumpendorferstr. 10. Das neue Heft enthält als Einführungsartikel: „Gewerkschaftliche Parteien“ von Karl Spring; über „Arbeiterbewegung und Bildung“ von Hans B. Graf; A. Nörpel über „Antrieb und Ziel der Mitbestimmungsrechts“; A. Kranold über „Widmung des Achtundtags“; E. Geiger über „Das Verhältnis der Frauen- und Männerkassen“; Aufhäuser über „Konstruktiver Sozialismus“; A. Fallenberg über die geschichtliche Entwicklung der Beamten-Gewerkschaften. Des Weiteren folgen kurz aktuelle Abhandlungen über die Gewerkschaftsbewegung, Volkswirtschaft, Sozialpolitik, Internationale Arbeiterbewegung, Betriebsrätemenschen usw. Die inhaltlich und drucktechnisch gut ausgestattete Monatshefte können wir nur empfehlen. Preis des Heftes 1 Goldmark.

Bekanntmachung.

Nachdem die Löhne in den letzten Wochen nach den steigenden Lebenshaltungskosten weiter in die Höhe gingen, mußte auch an den in Nr. 12 des „Maler“ veröffentlichten Beitrags- und Unterstützungstabellen eine Erweiterung vorgenommen werden. Es wurden drei weitere Beitragsklassen angefügt, die den Löhnen von 71 M bis 100 M entsprechen, wobei an dem inzwischen auch vom Verband beirat anerkannten Grundsatz: Ein Stundenlohn bei Hauptklasse festgehalten wurde.

Dagegen sind wir aus Zweckmäßigkeitsgründen von den zahlenmäßigen Festlegung der Filialzuschläge abgetommen. Es soll jetzt ganz generell heißen: Der Filialzuschlag beträgt mindestens 15 M, in den drei Vorklassen mindestens 5 M. Es bleibt dann den einzelnen Filialen überlassen, wie hoch sie den örtlichen Zuschlag festsetzen wollen.

Die Unterstützungssätze wurden, den höheren Beiträgen entsprechend, ebenfalls erhöht. So beträgt z. B. die Streikunterstützung der 3. Stufe in der 5. Beitragsklasse täglich 1,70 M, wöchentlich 10,20 M; in der höchsten (7. Klasse) täglich 2,10 M, wöchentlich 12,60 M. Auch die Sterbeunterstützung ist dem bisherigen Schema entsprechend weiter ausgebaut worden. Sie bewegt sich in den drei angefügten Stufen zwischen 17,50 M bis 27,50 M.

Damit sich die Kollegen in den Filialen über die gestellten Beiträge und Unterstützungen orientieren können, wird der Vorstand einen Statutennachtrag herausgeben.

Der Vorstandsvorsitzende.

Vom 18. bis 24. Mai ist die 21. Beitragsswoche.

Sterbetafel.

Berlin. Am 8. April starb der Kollege Reinhold Grun geboren am 1. Oktober 1849 in Herzogswalde; am 3. April starb der Kollege Hugo Schlieff, geboren am 25. April 1875 in Görzig.

Chemnitz. Am 3. Mai starb nach langer Krankheit unser Mitglied Hermann Albrecht im Alter von 81 Jahren.

Frankfurt a. d. O. Am 17. April starb unser Kollege und Mitbegründer der Filiale Albert Hennig, geb. 2. 1. 68.

Hamburg. Es starben unsere Mitglieder: Carl Fuhmann, 73 Jahre alt, am 13. Januar; Wilhelm Müller, 59 Jahre alt, am 27. Januar; Otto Eckardt, 41 Jahre alt, am 10. April; Ernst Wehrs, 67 Jahre alt, am 24. April.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen

Zum sofortigen Antritt suchen wir: Auto-Bau: Perfekte Wagenlackierer. Fahrrad-Bau: Perfekte Lackierer (Hand) und Abjeker. Prestowerke Aktiengesellschaft, Chemnitz.

allem Recht widersprechende Aussperrung seitens der Bergbauunternehmer an der Ausübung der Arbeit gebunden. Inwiefern der Schaden erwächst aus diesem Verhalten der Unternehmer der Volksgemeinschaft. Auf die Unternehmer allein fällt die Verantwortung.

Rückvergaber! Unverantwortliche Elemente sind an der Arbeit, die bisher geübte gewerkschaftliche Disziplin zu untergraben. Die Beauftragten der Union und der SPD. treten in verstärkter Form an Euch mit der Anforderung heran. Minderungen und Gewalttätigkeiten auszuüben. Dieses Vorgehen birgt in sich die Gefahr der Zerstückelung unserer Abwehrfront und ist die beste Hilfe für das Untermertum.

Dauernden, es gilt, in dem uns aufgewungenen Kampf auszuhalten und gewerkschaftliche Disziplin zu üben und nur den Anweisungen der unterzeichneten Organisationen zu folgen. Nur so ist die Gewähr gegeben, daß die Mehrarbeit in Ehren und ungebrochen aus diesem schmerzlichen Konflikt hervorgehen können.

Zur Stärkung seiner Aktionsfähigkeit hat sich der Verband der Porzellanarbeiter verpflichtet, im Rahmen von den Mitgliedern vier doppelte Verbändebeiträge zu verlangen. Zur dauernden Erhöhung der letzten Beiträge wird der Verbandsbeitrag zu beschließen haben.

Sozialpolitisches.

Das Ergebnis der Reichstagswahl. Nach den amtlichen Feststellungen des Wahlergebnisses sind insgesamt 29.311.442 gültige Stimmen abgegeben worden. Davon entfielen auf die SPD. 5.991.547 Stimmen (100 Mandate), Deutschnationale 5.764.628 (96), Zentrum 3.901.057 (65), Deutsche Volkspartei 2.646.747 (44), Demokraten 1.661.425 (28), Kommunisten 3.728.089 (62), Bayerische Volkspartei 911.992 (16), Bayerischer Bauernbund 685.273 (10), Hannoveraner 318.505 (5), Deutschvölkische Freiheitspartei 1.922.626 (32), Landliste 568.780 (9), Deutsches Volk 358.845 (4), NSP. 42.172 (-), Bund der Genen 56.896 (-), Christlichsozialer Volksgemeinschaft 124.626 (-), Arbeitnehmer 36.199 (-), Freier Wirtschaftsbund 36.024 (-), Nahrungsbund 23.862 (-), Nationale Freiheitspartei 59.114 (-), Nationale Minderheiten 133.540 (-), Partei der Mieter 16.991 (-), Republikanische Partei 45.867 (-), Sozialistischer Bund 25.617 (-), nicht an Reichslisten angeführte Gruppen 18.367 (-).

Danach ist eine starke Parteiverschiebung nach rechts erfolgt. Die SPD, die die stärkste Partei bleibt, steht außerordentlich geschwächt in den Reichstag zurück. Das Zentrum, seit Jahrzehnten die zweitstärkste Partei, ist durch die Deutschnationalen an die dritte Stelle geschoben worden. Rechnet man zu den 96 Deutschnationalen noch die 22 Völkischen und die 4 Deutschnationalen hinzu, so hat die Reaktion einen ungewöhnlich starken Zuwachs erfahren, der bei weitem nicht wett gemacht wird durch den Gewinn der Kommunisten. Von den Mittelparteien hat außer dem Zentrum auch die Deutsche Volkspartei starken Verlust aufzuweisen. Die beiden sozialistischen Gruppen, NSP. (Gruppe Theodor Liebknecht) und Sozialistischer Bund (Gruppe Liebknecht), gehen ganz leer aus, weil keine von beiden in einem Wahlkreis die Mindestzahl von 60.000 Stimmen aufbrachte. Damit gehen weitere 2 bisherige sozialistische Mandate verloren.

Von bekannten Gewerkschaftsmitgliedern sind neu gewählt Peter Grasmann in Hamburg und der Vorsitzende der Bergarbeiter Gustav Hufmann. Wiedergewählt wurden Breh, Silbermann, Wiesel, Schumann, Dikmann, Joseph Simon, Anshäuser, Gustav Bauer und Robert Schmidt.

Die geringe Beweglichkeit der Arbeit ist Ursache der Wirtschaftskrise, behauptete der englische Nationalökonom Professor Cannon auf der Sitzung des Völkerbundesrates in der Frage der Arbeitslosigkeit. In diesen Sitzungen wurde in erster Linie Propaganda für die Handhabung der Währungs seitens des Staates gemacht, damit der Geldwert immer den Warenpreisen angepaßt und dadurch eine Stabilisierung der Preise erzielt werden könnte. Für diesen Plan hat sich besonders Professor Keynes eingesetzt. Demgegenüber geht die Auffassung Professor Cannons dahin, daß nicht die Geldverfassung, sondern die schlechte Verteilung der Arbeitskräfte schuld an der Wirtschaftskrise war. Während des Krieges wurden die Arbeitskräfte überwiegend in die Eisen- und Maschinenindustrie gelenkt, und ihre gleichmäßige Verteilung konnte bisher nicht wieder erreicht werden. Er macht dafür die Arbeitslosenversicherung und die strengen Vorschriften der Gewerkschaften bei der Aufnahme der Mitglieder und bei der Lohnbestimmung verantwortlich und meint, daß die Depression des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten auf die größere Beweglichkeit des amerikanischen Arbeiters und die Handhabung zurückzuführen ist. Professor Cannons Auffassung ist einseitig und besonders für die Vereinigten Staaten, wo die Vorschriften für die Neueinstellung von Arbeitern am strengsten sind, nicht zutreffend. Nichtsdestoweniger besteht das von ihm aufgeworfene Problem der gegenwärtigen unrichtigen Verteilung der Arbeitskräfte in Europa und verdient sorgfältig beachtet zu werden.

Fachtechnisches.

Die Hamburger Malereigesellschaft m. b. H.

Am 21. April 1924 ihre erste Generalversammlung ab. Die Geschäftsleitung erklärte den Verzicht über das Geschäftsjahr 1923. Außerdem lag von der Geschäftsleitung ein gedruckter Geschäftsbericht vor, aus dem wir nachfolgend entnehmen:

Der Betrieb wurde im Jahre 1923 als Einzelbetrieb gegründet und am 16. Dezember 1922 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt. Die Gesellschafter sind 12 verschiedene Gewerkschaften beziehungsweise soziale Kreise. Das Betriebskapital belief sich am 31. Dezember 1923 auf rund 1000 Goldmark. Die neu gegründete

Gesellschaft mit beschränkter Haftung hat mit dem aus der Genossenschaft stammenden und dem durch die neuen Gesellschafter eingezahlten Betriebskapital das schlimmste aller Jahre gut überstanden. Der Grundsatz, nur gute, kunstfertige Arbeiten zu den mäßigsten Preisen herzustellen, ist auch von der neuen Gesellschaft stets beachtet worden und hat bewirkt, daß der Betrieb auf Grund der gezahlten Löhne heute der zweitgrößte Groß-Hamburgs ist. Viele Anerkennungen sind der Geschäftsleitung zugegangen. Im Geschäftsjahre 1923 sind 152 größere und kleinere Aufträge ausgeführt worden, wozu 16.490 Tagewerke nötig waren. Von den Tagewerken entfielen auf Staat und Behörden 5275, Soziale Betriebe 5338, private Auftraggeber 2577.

Zum Vollbringen dieser Tagewerke waren einschließlich Geschäftsleitung, Bureaupersonal und 4 Lehrlingen durchschnittlich 57 Personen voll beschäftigt. Die Gesamtauftragssumme für das Jahr 1923 betrug 9.608.450 276 716 057 Papiermark; in Goldmark umgerechnet 34.059 M (die Umrechnung erfolgte stets zum Wert am Tage der Rechnungslegung). Die Auftragssumme verteilt sich auf die vorerwähnten 3 Gruppen wie folgt: Staat und Behörden 48,1 %, Soziale Betriebe 37,3 %, private Auftraggeber 14,3 %.

Wie die Aufträge, wurden auch die abgegebenen Angebote statistisch erfasst. Es wurden im Jahre 1923 342 Angebote abgegeben. Davon erhielt die M.-G. 152 Aufträge, weil es Niedrigstangebote waren = 44,73 %. Die verhältnismäßig hohe Zahl der Niedrigstangebote ist ein Beweis für die Leistungsfähigkeit der M.-G. und für das Vertrauen, das sie bei ihren Auftraggebern genießt. Zur Ausführung dieser Aufträge entfielen an Lohngehältern: 81,7 % für unmittelbar Tätige = 4.579.961 176 487 277 M, 10 % für mittelbar Tätige = 387.284 537 966 009 M, 8,3 % für im Kontor und Leitung Tätige = 870.266 928 259 146 M.

Die Inkosten des Betriebes blieben stets hinter den Ankostenansätzen, wie sie jeweilig von der Hamburger Malerinnung festgesetzt worden waren, zurück. Trotzdem waren der Geschäftsleitung die Inkosten zu hoch und sie war dauernd bestrebt, den Inkosten auf das möglichste heruntorzubringen. Bei der jetzt stabilen Währung wird dies auch ohne weiteres geschehen können.

Alle Verbandskollegen werden besonders auch die sozialen Leistungen des Betriebes interessieren. Die M.-G. hat im Berichtsjahre 244 Ferientage gewährt. Davon entfielen auf 29 Gehilfen je 6 Tage, auf 4 Gehilfen je 5 Tage, auf Geschäftsleitung und Kontorpersonal (3 Personen) 26 Tage, 4 Lehrlinge erhielten ebenfalls je 6 Tage Ferien. Alle Ferientage wurden mit dem jeweilig zu zahlenden Tariflohn und teilweise höher bezahlt. Außerdem werden jedem in der M.-G. tätigen Gehilfen 2 komplette Arbeitsanläufe gestellt; Sonnabends wird im Sommerhalbjahr nur 7 1/2 Stunden gearbeitet bei einer Zahlung für 8 Stunden. Die Vorschriften hinsichtlich der Verhütung von Bleibergiftung, Unfällen usw. werden auf das gewissenhafteste beachtet. Alle Lehrlinge erhalten sämtliches Werkzeug, wie es ein ordentlicher Malergehilfe benötigt, unentgeltlich geliefert. Außerdem wird streng darauf geachtet, daß die Lehrlinge auch wirklich etwas Tüchtiges erlernen.

Aus dem Bericht ist weiter zu entnehmen, daß die Geschäftsleitung nicht nur mit Gehilfen und Angestellten, sondern auch mit der Kundenschaft und den Lieferanten in bestem Einvernehmen gearbeitet hat. Auch mit den übrigen in Hamburg befindlichen sozialen Bau- und Baunebenbetrieben arbeitete die M.-G. Hand in Hand, d. h. gleichsam mit der Bezirksleitung des Verbandes Sozialer Baubetriebe, dem Bauhüttenbetriebsverband „Nord“.

Die Bilanz des Geschäftsjahres ist in Papiermark aufgemacht und zeigt, daß der Betrieb buchmäßig Gewinn gebracht hat; eine Goldmarkbilanz würde dagegen eine Verminderung des Betriebsvermögens ausweisen, die lediglich durch die Inflation bedingt wurde. Die Bilanz zeigt nur die rein buchmäßigen Aufzeichnungen, die in Papiermark ausgedrückt eigentlich nichts sagen. Den wirklichen Umfang des Betriebes kann man nur an den geleisteten Arbeitstagen ermessen. Erwähnt muß noch werden, daß sich die Hamburger Malermeister heute schon ganz anders zu der M.-G. eingestellt haben, als es ehemals bei der Gründung geschah. Der größte Teil der Innungsmeister betrachtet die M.-G. als ein technisch gut organisiertes Unternehmen. Ein Anspruch des ersten Obermeisters in einer Innungsversammlung bestätigt das oben Gesagte.

Zum Schluß wird im Bericht gesagt, daß das Jahr 1924 bessere Verhältnisse im Malergewerbe bringen wird, wofür Anzeichen vorhanden seien. Diese besseren Verhältnisse sollen dahin ausgenutzt werden, recht viele Aufträge zu erhalten, deren Erledigung nur durch persönliche Tüchtigkeit, Fleiß und Studium der wirtschaftlichen Betriebsführung aller im Betriebe Beschäftigten geschehen könne. Der Betrieb werde sich dann auch im neuen Jahre gut entwickeln und der Allgemeinheit weitere und größere Dienste leisten.

Ueber die Entwicklung des Zweiggeschäftes der M.-G. in Harburg (Elbe), unserer Nachbarstadt, ist im allgemeinen dasselbe zu berichten wie vom Hauptgeschäft. Der Betrieb in Harburg ist selbstverständlich Hamburg gegenüber bedeutend kleiner. Es wurden 1147 Tagewerke geleistet gegenüber einer Leistung von 16.490 Tagewerken in Hamburg. Die Verhältnisse im Malergewerbe liegen in Harburg in bezug auf Konkurrenz sehr im argen. Es gibt in Harburg zuweilen selbständige Malerfirmen ohne Gehilfen. Auch die Harburger Malermeister haben den Kampf gegen die M.-G. in Harburg aufgegeben, weil sie sie nach ihrer eigenen Aussage doch nicht kaputt machen können. Auch in Harburg hat die M.-G. Aufträge von Behörden, sozialen Instituten und privaten Auftraggebern erhalten. Für weitere Entwicklung des Harburger Betriebes sind alle Vorbedingungen vorhanden. Es liegen schon verhältnismäßig genügend Aufträge vor. Der gedruckte Jahresbericht schließt mit einigen von der Kundenschaft erhaltenen Anerkennungsbriefen, die als ganz vorzügliches Zeugnis für die Leistungsfähigkeit der M.-G. anzusehen sind.